

freiheit

Ausgabe 05-06/20

das österreichische arbeitnehmerinnen- und arbeitnehmermagazin

Foto: BKA/ Regina Aigner

A portrait of Christine Aschbacher, a woman with blonde hair pulled back, smiling at the camera. She is wearing a light blue blazer over a black top with a white V-neckline and a blue patterned scarf. The background is a bright, modern interior with a large potted plant and a window.

Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern

**Bundesministerin für Arbeit, Familie und Jugend
Christine Aschbacher im Interview**

OSTÖSTERREICH BAUT AUF



Ihr regionaler Baupartner:

Zweigniederlassung Hochbau NÖ u. Bgld.
Standort Trumau ▪ Dr. Körner Straße 49, 2521 Trumau
T: +43 2253 20050 - 0
E: hochbau.trumau@swietelsky.at

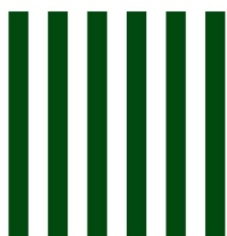
Zweigniederlassung Hochbau NÖ u. Bgld.
Standort Horn ▪ Riedenburgerstraße 60, 3580 Horn
T: +43 2982 3244 - 0
E: horn@swietelsky.at

Zweigniederlassung Hochbau NÖ u. Bgld.
Standort Eisenstadt ▪ Ruster Straße 136/4, 7000 Eisenstadt
T: +43 2682 64578 - 0
E: hochbau.eisenstadt@swietelsky.at

Zweigniederlassung Hochbau NÖ u. Bgld.
Standort Mistelbach
Liechtensteinstraße 8, 2130 Mistelbach
T: +43 2982 3244 - 0
E: mistelbach@swietelsky.at

Zweigniederlassung Hochbau NÖ u. Bgld.
Standort Nußdorf
Industriestraße 1-3, 3134 Nußdorf ob der Traisen
T: +43 2982 3244 - 0
E: hochbau.nussdorf@swietelsky.at

www.swietelsky.com

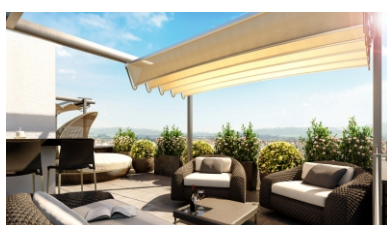


atlas-wohnbau.at



Jetzt anmelden!

Wr. Neustadt, Badener Straße



Baubeginn 2020

Erste Übergabe
2022/2023

Durchdachte
Grundrisse

202 Wohnungen
29 Reihenhäuser

2- bis 4-Zimmer
Wohnungen mit hoch-
wertiger Ausstattung

Jede Wohnung wahl-
weise mit Eigengarten
und Terrasse, Balkon,
Loggia oder mit Dach-
terrasse

Überdachte
PKW-Stellplätze

Großzügige
Freiraumgestaltung

Zukunftsorientiert -
Vergabe in Miete mit
Kaufoption

Kindergarten
mit 4 Gruppen





Foto: ÖVP/Sabine Klimpt

christoph.zarits@oeaab.com
www.facebook.com/zarits.christoph

EDITORIAL

*Liebe Leserin, lieber Leser der **freiheit**!*

Endlich Urlaubszeit! Das ist der Gedanke von vielen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in diesen Tagen. Doch der Urlaub ist in diesem Jahr anders, als wir uns ihn noch im Februar vorgestellt oder sogar gebucht haben. Reisewarnungen und die Angst vor der zweiten Coronawelle bringen große Verunsicherung mit sich. Und die neue Normalität, die nun herrscht, lässt auch keine Urlaubsstimmung aufkommen.

Dabei haben wir uns die Gelegenheit durchzuatmen redlich verdient. Nach wochenlangem Homeoffice, Homeschooling und Haushaltsführung während des Lockdowns ist so manche oder mancher von uns an die Grenzen gekommen. Auch die Heldinnen und Helden des Alltags, bei der Polizei, der Müllabfuhr, im Lebensmittelhandel, in Transportunternehmen, im öffentlichen Verkehr, in der Pflege und in der Medizin und in all jenen Bereichen, die die tägliche Versorgung sicherstellen, haben sich eine Verschnaufpause hart erarbeitet.

*In diesem Sinne wünscht Ihnen das Team der **freiheit** einen erholsamen Sommer und viel Freude mit unserer neuen Ausgabe. Und vor allem: Gesund bleiben!*

Mag. Nikola König-Weixelbraun
freiheit-Chefredakteurin

In Österreich gehören das Ehrenamt und das Vereinswesen, wie in keinem anderen Land der Welt zum Alltag: Vom Sportverein in der kleinen Gemeinde am Land, über Jugendorganisationen in allen Bundesländern hin zu verschiedenen Hilfsorganisationen und Freiwilligen Feuerwehren. Kleine und große Vereine prägen unser Zusammenleben. Diese Vielfalt und Bereicherung unseres Lebens gilt es zu bewahren und zu fördern. Gerade Vereine stehen aufgrund der Corona-Pandemie vor einer großen finanziellen Herausforderung. Der Ausfall von Veranstaltungen und Aktivitäten stellt für die meisten Vereine ein großes Problem dar. Um diese finanziellen abzufedern, unterstützt Bundesregierung mit dem Non-Profit-Organisationsfonds in der Höhe von 700 Millionen das Vereinswesen.

SPORT UND EHRENAMT ALS UNVERZICHTBARE SÄULEN UNSERER GESELLSCHAFT

EIN GASTKOMMENTAR VON ÖAAB-GENERALSEKRETÄR CHRISTOPH ZARITS

Mehr als 2,1 Millionen Menschen in Österreich sind Mitglieder in den rund 15.000 Sportvereinen. Anhand dieser Zahlen sehen wir ganz klar, dass Sport der Motor unserer Gesellschaft ist. Sport verbindet, und ist gerade für die Jüngsten unserer Gesellschaft eine gute Schule fürs Leben. Vor allem im Mannschaftssport stehen Aspekte wie Vertrauen, zwischenmenschliche Interaktionen und die Zusammenarbeit in einem Team im Fokus. Dieses Sozialverhalten wird bei der gemeinsamen Ausübung von Sport erlernt, trainiert und gefestigt.

Unser besonderer Dank gilt dabei den vielen ehrenamtlichen Funktionärinnen und Funktionären, Trainerinnen und Trainern, Schiedsrichterinnen und Schiedsrichtern und vielen mehr. Diese Menschen zu unterstützen und ihre Arbeit wertzuschätzen, sowie das Ehrenamt in seiner Gesamtheit zu stärken und zu fördern, ist das Ziel unserer politischen Arbeit. Im Regierungsprogramm sind unter anderem die Förderung von Ehrenamtlichen, sowie die Schaffung einer Servicestelle Ehrenamt verankert. Auch die Prüfung versicherungs- und arbeitsrechtlicher Aspekte und die Schaffung eines Ehrenamtsgütesiegels stehen weiterhin auf unserer Agenda.

Sport und Ehrenamt sind unverzichtbare Säulen unserer Gesellschaft und eine wertvolle Bereicherung für unser Leben in Österreich. Damit das auch in Zukunft so bleibt, setzen wir uns weiterhin aktiv für unsere Sportlerinnen und Sportler, für unsere Vereine und für alle ehrenamtlich tätigen Menschen in unserem Land ein.

Impressum

Herausgeber: Wiener Pressverein Medieninhaber: Wiener Pressverein (Vorstand Dir. Walter Mayr, Hans Stefan Hintner, Rudolf Habeler) | **Blattlinie:** Christlich-soziale Arbeitnehmerpolitik | **Redaktion:** Mag. Nikola König-Weixelbraun, Sabine Egerer, Irene Peer-Polzer, Mag. Elisabeth Halvax | **Anzeigenverwaltung:** Sabine Egerer, Lichtenfelsgasse 7, 1010 Wien, 01/40141-355 | **Layout:** Dipl.-Ing. Albrecht Oppitz | **Herstellung:** Walstead NP Druck Gesellschaft m.b.H., Gutenbergstraße 12, 3100 St. Pölten. Namentlich gezeichnete Artikel müssen sich nicht mit der Meinung der Redaktion decken.

Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern

Seit Anfang des Jahres ist die Steirerin Christine Aschbacher Bundesministerin für Arbeit, Familie und Jugend. Mit der *freiheit* hat sie über die Corona-Krise, die zahlreichen Corona-Maßnahmen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Familien und ihre Learnings aus der Krise gesprochen. Lesen Sie hier mehr.

freiheit: Beginnen wir mit einer persönlichen Frage: Sie kommen aus einer sehr politischen Familie. Was sind Ihre ersten Erinnerungen an Politik?

Christine Aschbacher: Ich erinnere mich gut an die Zeit, als mein Vater Bürgermeister war. Wenn zum Beispiel jemand bei uns angerufen hat – damals gab es noch das Festnetz – haben wir immer gesagt: „Kowald, Grüß Gott! Was können wir für Sie tun? Werden wir unserem Vater sehr gerne ausrichten, der wird Sie zurückrufen.“ Und natürlich erinnere ich mich daran, wie an Wahlabenden die ganze Familie vor dem Fernseher gesessen ist und gemeinsam zugesehen hat, wie die Balken hochgehen.

freiheit: Wie haben Sie die ersten Monate als Bundesministerin für Arbeit, Familie und Jugend erlebt?

Aschbacher: Früher gab es 100 Tage Einarbeitungszeit für eine neue Regierung, diesmal waren wir nach 100 Tagen mitten in der Coronakrise. Dementsprechend waren die ersten Monate sehr intensiv und die Arbeitstage sehr lang. Mein Ressort mit den Bereichen Arbeit, Familie und Jugend war und ist seit Beginn der Corona-Krise im Krisenmanagement. Wir haben vielen Menschen in der Krise helfen können: Mit der Kurzarbeit konnten 1,3 Millionen Arbeitsplätze und Einkommen gesichert werden, Familien und Jugendliche wurden und werden mit einem umfassenden Maßnahmenpaket unterstützt.



Foto: BKA / Regina Algrner

freiheit: Wie ist es der Privatperson Christine Aschbacher gegangen?

Aschbacher: Privat war und ist mein Mann mein Held des Alltags, gemeinsam mit unseren Kindern. Ohne ihn wäre das alles derzeit nicht möglich. Ich versuche, die Wochenenden bei meiner Familie in der Steiermark zu verbringen. Der Waldspaziergang mit unseren Kindern ist für uns ein wichtiges Ritual geworden – unser Fixpunkt am Wochenende.

freiheit: Viele aktuelle Maßnahmen betreffen Ihr Ressort. Was sind die wichtigsten Punkte im Arbeitsbereich?

Aschbacher: Unser Ziel ist es, Menschen rasch wieder in Beschäftigung zu bringen und Arbeitssuchende bestmöglich zu unterstützen. Jede und jeder Einzelne, die und den wir

vermitteln, ist ein Erfolg. Dafür stellen wir einen arbeitsmarktpolitischen Instrumentenkoffer bereit. Für Arbeitssuchende gibt es eine Einmalunterstützung in Höhe von 450 Euro. Wer im Zeitraum Mai bis August 60 Tage arbeitslos war oder ist, bekommt die Einmalzahlung im September. Eine weitere Maßnahme ist der Neustartbonus. Für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die im ersten Schritt noch keinen Job im vollen Ausmaß oder im bisherigen Beruf finden, wird das Gehalt auf rund 80 Prozent des bisherigen Gehalts aufgestockt. Das wichtigste Kriseninstrument war und ist die Corona-Kurzarbeit. Damit konnten wir 1,3 Millionen Arbeitsplätze und Einkommen sichern. Insgesamt stehen zwölf Milliarden Euro zur Verfügung. Jetzt gehen immer mehr Betriebe den Weg von der Kurzarbeit in den Normalbetrieb.

freiheit: Stichwort Homeoffice. Noch nie haben so viele Menschen von Zuhause gearbeitet. Wie wird es mit Homeoffice weitergehen?

Aschbacher: Wir werden die Erfahrungen aus der Coronakrise positiv bewerten und die Erkenntnisse aus dieser Zeit für Verbesserungen im Bereich der Vereinbarkeit von Familie und Beruf nutzen. In vielen Gesprächen standen die Themen Homeoffice und mobiles Arbeiten im Fokus. Beides hat in letzter Zeit einen großen Aufschwung erlebt. Ziel ist es jetzt, die Learnings dazu mitzunehmen, die Rahmenbedingungen weiterzuentwickeln, und die Arbeitswelt von heute und morgen

noch familienfreundlicher zu gestalten. Dafür haben wir in meinem Ressort ein Triangel an Maßnahmen gesetzt:

1. Mit der Zertifizierung berufund-familie unterstützen wir Unternehmen und Institutionen dabei, familienfreundliche Maßnahmen zu entwickeln und umzusetzen. Ab 1. Juli gibt es den neuen Schwerpunkt „Mobiles Arbeiten“: Unternehmen werden gezielt mit den vielen Learnings aus der Krise und diversen Forschungsergebnissen unterstützt.
2. Wir haben eine Corona-Learnings-Arbeitsgruppe mit Expertinnen und Experten eingerichtet, um die Rahmenbedingungen zu mobiler Arbeit weiterzuentwickeln und auch die sich daraus ergebenden Chancen der Vereinbarkeit zu nutzen.
3. Im Vereinbarkeits-Netzwerk „Unternehmen für Familien“ legen wir einen verstärkten Fokus auf mobile Arbeit mit Best-Practice-Beispielen, Vorträgen und persönlichen Gesprächen zwischen den Mitgliedern und mir.

freiheit: Für viele Familien waren die vergangenen Monate durchaus schwierig. Was sind aus Ihrer Sicht die drei wichtigsten Unterstützungsmaßnahmen?

Aschbacher: Die Coronakrise hatte massive Auswirkungen auf das Familienleben. Ein herzliches Dankeschön an dieser Stelle an alle Familien, die in den vergangenen Wochen Herausragendes geleistet haben. Wir unterstützen Familien mit einem umfassenden Maßnahmenpaket. Denn Familien sind in ganz unterschiedlichen Situationen. Für jene, die Einkommensverluste erlitten haben, sind die finanziellen Zuwendungen aus den beiden Familienfonds

die wichtigste Unterstützung. Insgesamt stehen hier 90 Millionen Euro zur Verfügung. Für Eltern, die Beruf und Kinderbetreuung vereinbaren mussten, war vielleicht die Möglichkeit der dreiwöchigen Sonderbetreuungszeit die wichtigste Maßnahme. Mit dem Kinderbonus in Höhe von 360 Euro pro



Foto: BKA / Regina Aigner

Kind unterstützen wir 1,1 Millionen Familien mit insgesamt 1,8 Millionen Kindern. Die Auszahlung erfolgt im Herbst automatisch mit der Familienbeihilfe.

freiheit: Wie werden Jugendliche unterstützt?

Aschbacher: Auch für junge Menschen waren die vergangenen Monate eine große Herausforderung. Sie konnten ihre Freunde nicht persönlich sehen, hatten Homeschooling zu meistern, konnten vielen Hobbys nicht nachgehen. Ich möchte daher auch allen Jugendlichen dafür danken, dass sie die Maßnahmen so gut mitgetragen haben. Um Jugendlichen eine Perspektive am Arbeitsmarkt zu ermöglichen, haben wir die Taskforce für Jugendbeschäftigung ins Leben gerufen, wo wir ministerienübergreifend zusammenarbeiten. Mein Ziel ist, dass jeder Jugendliche seinen Platz in Bildung, Aus-

bildung oder Schule finden kann. Eine weitere wesentliche Maßnahme ist der Lehrlingsbonus in Höhe von 2.000 Euro für jeden neu eingestellten Lehrling. Ein wichtiges Signal für mehr Jugendpartizipation ist die Senkung des Wahlalters bei Betriebsratswahlen von 18 auf 16 Jahre. Die Novelle ist derzeit in Begutachtung und soll im Herbst beschlossen werden.

freiheit: Zum Schluss noch eine wichtige Frage für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ist: Wo darf ich heuer meinen Urlaub verbringen? Wie sehen die arbeitsrechtlichen Regeln für Urlaubsreisende aus?

Aschbacher: Wir haben bei einem Runden Tisch mit den Sozialpartnern klare Regeln für Urlaubsreisen festgelegt. Urlaub ist im Sommer sowohl in Österreich als auch im Ausland möglich. Wenn man sich an die ortsüblichen Regelungen hält, bekommt man im Falle einer COVID-Erkrankung in der Regel auch weiterhin sein Geld. Wer jedoch in einem Gebiet mit Reisewarnung der Stufe 5 oder 6 an COVID-19 erkrankt oder unter Quarantäne gestellt wird, hat keinen Anspruch auf Entgeltfortzahlung. Angst um den Job müssen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Regel nicht haben, denn in diesen Fällen liegt kein Entlassungsgrund vor. Verboten können Arbeitgeber Reisen ins Ausland nicht, auf Nachfrage müssen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aber mitteilen, wo sie ihren Urlaub verbringen. Wir haben die wichtigsten Punkte in einem Handbuch zusammengefasst und auf der Webseite meines Ministeriums bereitgestellt. Bitte informieren Sie sich vor der Reise auch über die Situation im Urlaubsland und halten Sie die zum Schutz vor Ansteckung notwendigen Verhaltensregeln ein. Die Eigenverantwortung jedes und jeder Einzelnen ist wichtig – sowohl in Österreich als auch im Ausland.



Foto: adbestock.com

Comeback für Österreich

Das Coronavirus hat die ganze Welt aus der Bahn geworfen. Von den gesundheitlichen Herausforderungen, der Arbeitslosigkeit, über den zögerlichen Konsum bis hin zu den globalen wirtschaftlichen Auswirkungen stehen wir vor zahlreichen Herausforderungen für die Menschen und die Unternehmen. Um Österreich wieder zu seiner alten Stärke zurückzuführen, haben Bundeskanzler Sebastian Kurz, die Bundesregierung und das Parlament zahlreiche Hilfsmaßnahmen in die Wege geleitet. Bei den Verhandlungen zu diesem Hilfs-Paket war es ÖAAB-Bundesobmann August Wöginger ein Anliegen, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie die Familien mit Kindern bestmöglich zu unterstützen und ihnen durch die Krise zu helfen.

Dass wir besser als andere Länder durch die Krise gekommen sind, zeigt der Vergleich mit unseren Nachbarländern. Nun geht es schrittweise zurück in unser gewohntes Leben. Jetzt geht es auch darum, unser Land wieder nach vorne zu bringen und den Standort zu seiner alten Stärke zurückzuführen. Gemeinsam mit Bundeskanzler Sebastian Kurz wollen wir alles daransetzen, um ein Comeback für Österreich zu erreichen, an dem wir alle beteiligt sein werden. Drei Ansätze sollen dabei verfolgt werden: Eine Steuerentlastung für arbeitende Menschen, ein Steuerpaket für die Wirtschaft und Investitionen in Klimaschutz sowie Digitalisierung und Regionalisierung. So kann ein Neustart Österreichs gelingen.

Insgesamt investiert die Bundesregierung 50 Milliarden Euro in unser Land, damit die arbeitenden Menschen und die Familien finanziell unterstützt, Arbeitsplätze gesichert werden und die Kaufkraft gestärkt

wird. So schaffen wir es, den Standort Österreich wieder aufzubauen.

Unterstützung für arbeitende Menschen und Familien

Gerade für arbeitende Menschen und viele Familien hat sich die finanzielle Situation in den vergangenen Wochen durch die Pandemie deutlich verschlechtert. Oftmals sind sie schuldlos in eine finanzielle Notsituation gekommen oder haben ihren Job verloren oder sind in Kurzarbeit geschickt worden. Um hier die Situation zu entspannen, wurden mehrere Hilfspakete geschnürt. Neben einer steuerlichen Entlastung verschiedenen Familienpaketen sorgt ein Investitionspaket dafür, dass Arbeitsplätze gesichert und neue geschaffen werden. Hier finden Sie einen Überblick über die Maßnahmen.

Steuerentlastung von bis zu 350 Euro

Für Einkommensteile über 11.000 bis 18.000 Euro beträgt der Lohn- und

Einkommensteuersatz derzeit 25 Prozent. Bereits das Regierungsprogramm sieht die Senkung des Einkommenssteuersatzes auf 20 Prozent im Zuge der nächsten Steuerreform vor. Aufgrund der Coronakrise benötigen Menschen und Familien mit niedrigen Einkommen jedoch jetzt schnelle und unkomplizierte Hilfe. Daher wird die Senkung des Einkommenssteuersatzes vorgezogen und bereits mit 1. Jänner 2020 wirksam werden. Für die bereits versteuerten Gehälter soll spätestens im Herbst eine entsprechende Rückerstattung erfolgen. Damit bleiben Niedrigverdienerinnen und Niedrigverdienern bis zu 350 Euro jährlich mehr im Geldböserl. Auch Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die keine Steuern zahlen, werden mit bis zu 100 Euro Negativsteuer entlastet.

Kinderbonus für jedes Kind

Zur finanziellen Unterstützung von Familien wird für jedes Kind, für das Familienbeihilfe bezogen wird,

ein einmaliger Bonus in Höhe von 360 Euro ausgezahlt. Diese Unterstützungsleistung wird automatisch ausbezahlt und erfolgt im September.

Mehr Geld für Familien in Not

Eine rasche finanzielle Hilfe für Familien, die durch die Coronakrise unverschuldet Einkommensverluste haben, bietet der Familienhärtfonds. Für diese stehen 60 Millionen zusätzlich aus dem Familienlastenausgleichsfonds zur Verfügung. Grundvoraussetzung ist, dass die Familie ihren Hauptwohnsitz in Österreich hat und dass zum Stichtag 28. Februar 2020 für mindestens ein im Familienverband lebendes Kind Familienbeihilfe bezogen wurde. Weiters muss mindestens ein im gemeinsamen Haushalt lebender Elternteil, der am 28. Februar 2020 beschäftigt war, aufgrund der Coronakrise seinen Arbeitsplatz verloren haben oder zur Corona-Kurzarbeit gemeldet sein. Bis zu 3.600 Euro können ausgezahlt werden. Die Berechnung erfolgt anhand eines Faktors abhängig von der Anzahl der Kinder.

Zusätzlich wurde für arbeitslose Eltern der Familienkrisenfonds eingerichtet. Wer mit Stichtag 28. Februar 2020 Arbeitslosengeld oder

Notstandshilfe bezogen hat, bekommt für maximal zwei Monate 50 Euro pro Kind. Die Prüfung des Vorliegens der Voraussetzungen erfolgt automatisiert durch das AMS. Die Auszahlung erfolgt automatisch.

Lehrlingsbonus zur Aufnahme von Lehrlingen

Besonders Jugendliche sind schwer von der Krise betroffen. Um Unternehmen einen Anreiz zur Aufnahme von Lehrlingen zu geben, wurde ein Lehrlingsbonus geschaffen. Für jeden Lehrling, der im Zeitraum 16. März bis 31. Oktober 2020 neu eingestellt wird, wird ein Bonus ausgezahlt. Die Höhe des Bonus beträgt 2.000 Euro. Das Geld wird in zwei Tranchen ausgezahlt: 1.000 Euro bei Beginn der Lehre, 1.000 Euro bei Behalten nach der Probezeit.

Corona-Kurzarbeit zur Sicherung von Arbeitsplätzen

Ein einzigartiges Modell in Europa wurde mit der Corona-Kurzarbeit geschaffen. Ca. 1,3 Millionen Arbeitsplätze konnten damit gesichert, und ungefähr 100.000 Unternehmen entlastet werden. Bei dem Modell kann Arbeitszeit auf bis zu zehn Prozent reduziert werden, und bis zu 90 Prozent des Einkommens werden übernommen.

Arbeitslosenbonus als finanzielle Hilfe

Durch die Coronakrise arbeitslos Gewordene erhalten eine einmalige zusätzliche Unterstützung zum Arbeitslosengeld in Höhe von 450 Euro. Voraussetzung dafür ist der Bezug von 60 Tagen Arbeitslosengeld oder Notstandshilfe von Mai bis August – Unterbrechungen durch kurzfristige Beschäftigungen oder Krankenstände ändern daran nichts. Die Auszahlung erfolgt im September.

Förderung von Wohnbau und Sanierung

Mit einem zentralen Teil der Maßnahmen wird der Schwerpunkt auf Investitionen und Klimaschutz gelegt. Dadurch werden Arbeitsplätze in Österreich gesichert und neu geschaffen. Ziel ist es, weniger Steuern für die Unternehmen und mehr Investitionen für den Standort zu ermöglichen. Besonders im Bereich des Wohnbaus soll die Schaffung einer eigenen Wohnbauinvestitionsbank die Errichtung leistbaren Wohnraums ermöglichen. Bereits bestehende Förderprogramme werden ausgebaut, neue geschaffen und steuerliche Anreize gesetzt. Gefördert werden thermisch-energetische Sanierungen und Heizkesseltausch. Dabei liegt auch ein spezifischer Förderschwerpunkt auf einkommensschwachen Haushalten.

AK Zangerl fordert Gerechtigkeit statt Denkmäler!

Faire Löhne und bessere Arbeitsbedingungen für die Heldinnen und Helden der Arbeit

Rund 1 Million Beschäftigte in den „systemrelevanten Berufen“ haben in der Coronakrise weiter ihre Arbeit verrichtet. Doch der Arbeitsklima-Index der AK zeigt: In vielen Bereichen sind die Arbeitsbedingungen schlecht und das Lohnniveau ist niedrig. Besonders betroffen sind Frauen.

„Man könnte fast meinen, manche wollen den Heldinnen und Helden der Krise noch rasch ein Denkmal setzen – und das war es dann“, sagt BAK Vizepräsident und AK Tirol Präsident Erwin Zangerl. „Dabei brauchen sie statt Lobeshymnen vor allem gute Arbeitsbedingungen und faire Einkommen.“

Wer aber sind die Menschen, die (übrigens nicht erst) in den Corona-Ausnahme-Wochen das Land mit ihren unverzichtbaren Leistungen – oft unbeachtet – am Laufen gehalten haben?

1 Million „Helden“. Das beleuchtet eine Auswertung des Österreichischen Arbeitsklima-Index durch das SORA-Institut im Auftrag der AK. Fakt ist: Mehr als eine Million Beschäftigte arbeiten in elf sogenannten „systemrelevanten“ Berufsgruppen: Kinderbildung, Kassakräfte und Regalbetreuung, Reinigungskräfte, Pflege und medizinische Betreuung, medizinische Assistenz, Alten- und Behindertenbetreuung, Lehrer, Ärzte und Apotheker, Bankangestellte, Polizei und Feuerwehr, Fahrer und Lieferdienste. Mehr als die Hälfte dieser Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ist in Einzelhandel, Reinigung oder als Lehrer beschäftigt.

AK Forderungen. „Viele arbeiten unter schwierigen Bedingungen und



„Die Menschen brauchen statt Lobeshymnen vor allem gute Arbeitsbedingungen und faire Einkommen“, betont der BAK Vizepräsident und Präsident der AK Tirol, Erwin Zangerl.

verdienen trotzdem so wenig, dass sie mit ihrem Einkommen kaum oder gar nicht auskommen“, berichtet BAK Vizepräsident und AK Tirol Präsident Erwin Zangerl und fordert Verbesserungen: „Wir brauchen einen höheren Mindestlohn in den Kollektivverträgen und einen höheren Mehrarbeitszuschlag ab der ersten Stunde. Dazu müssen auch jene, die es sich leisten können, mit einer befristeten Solidarabgabe beitragen“, so Zangerl. Bei der Arbeitszeit sollten u. a. die Erfahrungen mit der Kurzarbeit ge-

nutzt werden, und die sechste Urlaubswoche sollte leichter erreichbar werden. Auch im Gesundheitswesen sind Verbesserungen überfällig.

Frauen. In acht dieser elf Berufe arbeiten überwiegend Frauen. Und ausgerechnet in jenen fünf Berufsgruppen mit dem höchsten Frauenanteil liegen die Einkommen unter dem österreichischen Durchschnitt. Am unteren Ende: Reinigungskräfte und Einzelhandelsangestellte, sie verdienen im Schnitt weniger als 1.300 Euro netto pro Monat.

Je nach Berufsgruppe müssen sie auch am Wochenende oder nachts arbeiten, Überstunden sind für viele Alltag. Das macht es für Eltern besonders schwierig.

Belastung. Hoher Zeitdruck und starke psychische Belastungen betreffen viele Beschäftigte in den systemrelevanten Berufen. Mehr als sechs von zehn der über 45-Jährigen in der Pflege, der medizinischen Betreuung und der Reinigung und sogar sieben von zehn in der Altenpflege und Behindertenbetreuung halten es für unwahrscheinlich, bis zur Pension durcharbeiten zu können.

Die ganze Studie gibt's auf www.ak-tirol.com

Foto: AK Tirol

Mit Ausbildungsoffensive raus aus der Krise

Gegen COVID-19 gibt es hoffentlich bald eine Impfung. Gegen den Fachkräftemangel hilft hingegen nur eines: Ausbildung junger Menschen. Deshalb fordert die Junge GÖD gerade jetzt eine breite Ausbildungsoffensive mit zusätzlichen Lehrstellen und Praktika im gesamten Öffentlichen Sektor. Einzelne Länder gehen schon mit gutem Beispiel voran.

Von Markus Larndorfer

Im Mai 2020 gab es im Vergleich zum Vorjahr um 37,7 Prozent mehr jugendliche Arbeitslose.¹ Allgemein wird befürchtet, dass sich der wirtschaftliche Einbruch auch dramatisch auf das Lehrstellenangebot im Herbst 2020 auswirken wird. „Viele Firmen kämpfen ums Überleben und werden heuer zunächst einmal dort sparen, wo es kurzfristig am leichtesten geht: bei Ausbildungsverhältnissen“, befürchtet Markus Larndorfer, im Vorstand der GÖD zuständig für Jugend.



abgängern zu einem Jahrgang mit schlechten Job- und Ausbildungsperspektiven kommt.

Hier muss und kann die Öffentliche Hand einspringen, fordert die GÖD ein gemeinsames Paket von Bund, Ländern, Gemeinden und ausgegliederten Bereichen der Öffentlichen Hand.

Schließlich geht es nicht nur um die jungen Menschen, sondern auch um die Zukunftstauglichkeit des Öffentlichen Dienstes. „In vielen Bereichen der Verwaltung haben wir derzeit eine große Pensionierungswelle am Laufen. Wir können die Situation also nutzen, um hier personell vorzubeugen, und mit gezielten Ausbildungsangeboten unseren latenten Personalengpässen nachhaltig begegnen“, sieht GÖD-Vorsitzender Dr. Norbert Schnedl auch die Chancen, die sich aus der angespannten Arbeitsmarktlage für den Öffentlichen Dienst ergeben.

Mit Oberösterreich und Niederösterreich haben zwei ÖVP-geführte Bundesländer bereits reagiert und jeweils eine Verdoppelung der Lehrstellen mit Herbst 2020 angekündigt. Die GÖD sieht das als Steilvorlage auch für andere Bereiche im Öffentlichen Sektor.

Letztlich wird aber auch die Privatwirtschaft gut daran tun, weiter in



GÖD-Jugendsekretärin Verena Strobl mit Lisa und Lukas – Lehrlingen in der Fliegerwerft II in Zeltweg.

„Die Länder Niederösterreich und Oberösterreich haben sich bereits dazu entschlossen, ihr Lehrstellenangebot zu verdoppeln. Wir fordern auch die anderen Länder sowie den Bund dazu auf, diesem Beispiel zu folgen und die Jugend nicht im Stich zu lassen!“

GÖD-Jugendsekretärin Verena Strobl

die Ausbildung junger Fachkräfte zu investieren. Denn ganz egal, wann es eine Impfung gegen COVID-19 geben wird – ohne gute Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter führt ganz sicher kein Weg aus der Krise.

ÖAAB-Mandatare und ihr „Lieblingsort in Österreich“

Elisabeth Pfurtscheller



Foto: Parlamentsdirektion, PHOTO SIMONIS

Die Tirolerin Elisabeth Pfurtscheller ist – mit kurzer Unterbrechung – seit Oktober 2013 im Parlament vertreten. Von März bis September 2018 war sie Mitglied des Bundesrates, jetzt hat sie wieder ein Nationalratsmandat inne. In ihrer Funktion als Frauensprecherin der Neuen Volkspartei und als Landesleiterin der Frauen in der Tiroler Volkspartei setzt sich die aus der Marktgemeinde Reutte stammende Diplomkauffrau mit Leidenschaft und Sachverstand für die Rechte und Interessen von Frauen ein.

freiheit: Welcher ist Ihr Lieblingsort in Österreich und warum?

Das kleine Dörfchen Musau mit knapp 400 Einwohnern gehört zu meiner Heimatregion Außerfern, zum Gemeindegebiet zählt auch das liebe Raintal. Dieses eher unbekannte Tiroler Hochtal ist flankiert von faszinierenden Felswänden, die mich immer wieder ehrfürchtig staunen lassen, mir aber auch ein Gefühl von Geborgenheit und Vertrautheit geben. Schon als Kind habe ich viele schöne Tage hier verbracht, heute komme ich mit meinen Enkelkindern gerne her. Das gibt mir Kraft, das erdet und verbindet mich mit meinen Wurzeln.

freiheit: Gibt es ein spezielles Erlebnis, das Sie besonders mit diesem Ort verbinden?

Mein Vater war Berufsjäger im Jagdrevier Musau, zu welchem das Raintal gehört. Als Kinder haben wir viele glückliche Stunden rund um die Jagdhütte und auf den umliegenden Bergen verbracht. Daher verbinde ich dieses Tal immer mit Entspannung, Freude an der Natur und Fröhlichkeit.

freiheit: Haben Sie für unsere Leserinnen und Leser einen „Insider-Tipp“ für diesen Ort?



Foto: privat

Ein Blick in das Raintal – der Lieblingsort der Politikerin.

Wer nicht gerne bergauf marschiert, kann das Raintal auf bequemere Weise erkunden, indem man mit dem Sessellift von Grän aus aufs „Füssener Jöchle“ fährt. Von dort aus geht es hinunter ins Raintal.

freiheit: Was ist – in Nicht-Corona-Zeiten – Ihr Lieblingsort außerhalb Österreichs und warum?

Rom, die Ewige Stadt! Fast 3.000 Jahre Kultur, Architektur, Kunstgeschichte – und Lebenslust – spürt man an jedem Eck! Von der Antike über die Renaissance, die ich ganz besonders liebe, bis hin zur Neuzeit liegt mir in Rom alles zu Füßen und so entdecke ich bei jedem Besuch „neues Altes“.

FREIHEIT | PARLAMENTARISMUS ERKLÄRT

Der Beharrungsbeschluss

Das Wort „**Beharrungsbeschluss**“ war auf politischer Ebene in letzter Zeit immer wieder in aller Munde. Doch was ist ein Beharrungsbeschluss, wie kommt er zustande und welche Folgen hat er? Eine wichtige Rolle spielt dabei der Bundesrat, also die Zweite Kammer oder auch Länderkammer im Parlament: Vorerst berät und beschließt der Nationalrat ein Gesetzesvorhaben. Dann berät und beschließt der Bundesrat jene Gesetzesbeschlüsse des Nationalrates, die Kompetenzen und Interessen der

Bundesländer betreffen. Erst nach Beendigung des Verfahrens im Bundesrat können diese Gesetze dann vom Bundespräsidenten unterzeichnet werden und in Kraft treten.

In Coronazeiten hat der Nationalrat viele Maßnahmen beschlossen, die möglichst rasch in Kraft treten sollten. Aktuell haben die Regierungsfractionen im Nationalrat die Mehrheit (97 von 183 Mandaten), nicht aber im Bundesrat. Dort haben ÖVP und Grüne derzeit gemeinsam 27 Mandate, SPÖ und FPÖ 34

und damit die Mehrheit im 61 Mandate starken Gremium.

Der Bundesrat verfügt in der Regel über ein „suspensives Veto“, mit dem er gegen Beschlüsse des Nationalrates protestieren kann. Der Nationalrat kann dagegen aber einen Beharrungsbeschluss fassen, womit der Einspruch des Bundesrates wirkungslos wird. Einen Beharrungsbeschluss fasst der Nationalrat also dann, wenn er dem Einspruch des Bundesrates gegen einen Gesetzesbeschluss des Nationalrates nicht nachkommen will.



Foto: ÖVP-Klub/Sabine Klimpt

Neuwahlen, eine neue Bundesregierung und die Coronakrise

Ein Jahr läuft im parlamentarischen Betrieb von September des einen bis zum Juli des darauffolgenden Jahres. Das Jahr September 2019 bis Juli 2020 war in vielerlei Hinsicht ein ereignisreiches, herausforderndes und herausragendes Jahr. Denn in diesem Zeitraum gab es Neuwahlen, eine neue – türkis-grüne – Bundesregierung und die Coronakrise. All diese Ereignisse fanden ihren Niederschlag im Parlament. Eine Bilanz zeigt, was sich in diesen Monaten alles getan hat:

Am 29. September 2019 fand in Österreich eine Nationalratswahl statt, und die Neue Volkspartei mit Spitzenkandidat Sebastian Kurz hat einen historischen Wahlsieg eingefahren. Die ÖVP erhielt dabei 37,46 Prozent und 71 Mandate, die Grünen zogen mit 13,9 Prozent und 26 Mandaten wieder in den Nationalrat ein.

Die ÖVP hat nunmehr 71 Nationalratsabgeordnete, 23 Mitglieder zum Bundesrat und sieben Europaparlamentarier – mit diesen insgesamt 101 Mandatarinnen und Mandataren ist die neue Volkspartei in der neuen, XXVII. Legislaturperiode der größte Klub im Parlament und damit ein stabiler Faktor und starker Partner für die Bevölkerung.

Die Bewältigung der Corona-Pandemie forderte der Bundesregierung und dem Parlament umfassende und rasche Maßnahmen ab. Dies geschah unter teils außergewöhnlichen Umständen wie Sondersitzungen von Nationalrat und Bundesrat – mitunter auch an Wochenenden, um ein

rasches Inkrafttreten der nötigen gesetzlichen Maßnahmen garantieren zu können. Maskenpflicht, Desinfektionsmittel allerorten, Sicherheitsabstände in den Sitzungssälen, geblockte Abstimmungen. Das alles war neu und notwendig. Die Bundesregierung und das Parlament haben in dieser Zeit wichtige Gesetzespakete und Gesetzesbeschlüsse auf den Weg gebracht und es so geschafft, dass Österreich die Coronakrise bislang gut bewältigt hat. Nun gilt es, das Comeback Österreichs zu schaffen – auch dafür arbeiten Bundesregierung und Parlament auf legislativer Ebene mit zahlreichen Maßnahmen:

Die Regierung unterstützt die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit einer Steuerentlastung durch eine Senkung des Eingangssteuersatzes von 25 auf 20 Prozent und der Schaffung einer Negativsteuer für alle, die keine Steuern zahlen. Der Kinderbonus von 360 Euro pro Kind, der einmalig im September 2020 ausgezahlt wird, kommt speziell den Familien zugute. Das Kurzarbeitsmodell, das auf einer

Einigung der Sozialpartner beruht, ist zudem ein wichtiges Instrument, um wieder mehr Menschen in Beschäftigung zu bringen.

Zielgerichtet wurden Pakete geschnürt und Maßnahmen gesetzt, wie beispielsweise das Gemeindepaket mit einer Milliarde Euro Investitionen auf kommunaler Ebene, das Vereinskpaket in Höhe von 700 Millionen Euro, das Wirtshauspaket in Höhe von 500 Millionen Euro oder das Forstpaket für Investitionen in Summe von 350 Millionen Euro und vieles andere mehr.

Von Beginn der neuen Legislaturperiode am 23. Oktober 2019 bis Tagungsende am 13. Juli 2020 fanden 27 Plenartage statt. Zehn davon waren Sondersitzungen – die meisten davon coronabedingt. Und auch der Bundesrat trat in dieser Zeit öfter als sonst zusammen, um die Beschlüsse auf den Weg zu bringen. Erstmals musste – aufgrund des Abstimmungsverhaltens der Opposition im Bundesrat – der Nationalrat auch mehrere Beharrungsbeschlüsse fassen.

Splitter aus dem Parlament

Andrea Eder-Gitschthaler ist Bundesratspräsidentin

Für das zweite Halbjahr 2020 hat die Salzburger ÖVP-Bundesrätin Andrea Eder-Gitschthaler den Vorsitz in der Zweiten Kammer des Parlaments, der Länderkammer, übernommen. Sie folgt in dieser Funktion auf Robert Seeber, der von 1. Jänner bis Ende Juni 2020 Bundesratspräsident war. Am 1. Juli wurde die Vorsitzübernahme Salzburgs in den Räumlichkeiten der Wiener Hofburg mit einem Empfang „Salzburg in



Fahnenhissung am Josefsplatz durch die Bundesratspräsidentin Andrea Eder-Gitschthaler und den Landeshauptmann von Salzburg, Wilfried Haslauer.

Wien“ gefeiert. Eingeladen haben Eder-Gitschthaler und der Salzburger Landeshauptmann Haslauer gemeinsam. Die Präsidentin der Salzburger Festspiele, Helga Rabl-Stadler, hat das musikalische Programm mit Künstler/innen der Salzburger Festspiele einbegleitet.

Ibiza-Untersuchungsausschuss hat Arbeit aufgenommen

Der sogenannte parlamentarische „Ibiza“-Untersuchungsausschuss hat seine Arbeit aufgenommen. Die Liste der Auskunftspersonen ist fertig, die Termine stehen. Am 4. Juni

hat die erste Befragungssitzung stattgefunden. Für die ÖVP hat Verfassungssprecher Abg. Wolfgang Gerstl den Fraktionsvorsitz übernommen. Die weiteren Mitglieder der



Im Bild (v.l.n.r.) das Team der ÖVP im Ibiza-Untersuchungsausschuss: Friedrich Ofenauer, Klaus Furlinger, Wolfgang Gerstl, Martina Kaufmann und Ernst Gödl.

ÖVP im Ausschuss sind Klaus Furlinger, Ernst Gödl, Martina Kaufmann und Friedrich Ofenauer. Ausschussvorsitzender ist Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka.

Ausstellung und Video zu 75 Jahre Zweite Republik und 65 Jahre Staatsvertrag

Aus Anlass des 75. Jahrestags der Gründung der Zweiten Republik am 27. April und des 65. Jubiläums der Staatsvertragsunterzeichnung am 15. Mai zeichnete das Parlament den Weg unseres Landes in einem Kurzvideo und einer Ausstellung am Wiener Heldenplatz nach. „Gerade, wenn man sich in diesen schwierigen Zeiten bewusst macht, was wir bisher schon erreicht haben, wird uns klar,



Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka besichtigt die Ausstellung zu 75 Jahre Zweite Republik und 65 Jahre Staatsvertrag am Heldenplatz.

wie viel wir imstande sind zu leisten und zu schaffen“, erklärt Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka dazu. Interessierte finden das Video unter anderem in der Mediathek auf der Parlamentswebsite unter www.parlament.gv.at/MEDIA oder unter <http://www.youtube.com/OeParl>. Die Ausstellung ist am Wiener Heldenplatz gleich neben der Reiterstatue Erzherzog Karls unter Einhaltung der gebotenen Corona-Sicherheitsvorkehrungen frei zugänglich.

Sobotka und Schallenberg trafen Figl-Tochter Anneliese

Auf Einladung von Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka besuchte die Tochter des legendären „Staatsvertrags-Vaters“, des ehemaligen österreichischen Bundeskanzlers



Außenminister Alexander Schallenberg (li.), Anneliese Figl (Mitte) und Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka (re.) gemeinsam mit dem künstlerisch aufbereiteten Bild von Leopold Figls berühmter Rede.

und Außenministers Leopold Figl, Anneliese Figl, das Parlament. 55 Jahre nach dem Tod ihres Vaters und 65 Jahre nach dem Staatsvertrag erinnerte sie sich liebevoll und stolz an ihren Vater und seine großartigen Leistungen für Österreich. Gemeinsam mit Außenminister Alexander Schallenberg betrachtete sie ein Bild, auf dem die Rede ihres Vaters im Parlament – drei Tage vor der Unterzeichnung des Staatsvertrages 1955 – verewigt ist. Dieses Bild des

Künstlers Leopold Kogler, der die Rede Figls künstlerisch umgesetzt hat, war ein Geschenk, das Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka ihr überreichte.

Zum Geburtstag: Mike Hammer ist Bürgermeister von Altenberg

Michael „Mike“ Hammer wurde genau an seinem Geburtstag am 3. Juni mit großer Mehrheit zum neuen Bürgermeister der oberösterreichischen



Mike Hammer ist Bürgermeister von Altenberg und Vorsitzender der ARGE ÖAAB im Parlament.

Marktgemeinde Altenberg gewählt. „Ich freue mich auf diese Aufgabe und verspreche, mit vollem Einsatz für unser wunderschönes Altenberg und seine Bürgerinnen und Bürger zu arbeiten. Packen wir es an!“, sagte der frischgebackene Bürgermeister nach der Wahl.

August Wöginger übergab 150.000 Euro an Spenden für Corona-Hilfe

150.000 Euro hat der ÖVP-Parlamentsklub an Spenden gesammelt, um in der Coronakrise wohltätigen Organisationen unter die Arme zu greifen. Klubobmann August Wöginger übergab gemeinsam mit den ÖVP-Abgeordneten Kira Grünberg, Johanna Jachs, Therese Niss und



Gudrun Kugler, Geschäftsführerin Nicole Meissner, Beratungsstellenleiterin Anna Millauer und Klubobmann August Wöginger bei der Übergabe des Spendenschecks an die St. Elisabeth Stiftung.

Gudrun Kugler Spendenschecks an die Lebenshilfe, das St. Anna Kinderhospital, die Caritas, die Elisabeth Stiftung der Erzdiözese, das Rote Kreuz und das Österreichische Hilfswerk.

Legendäre Vierzeiler von Wolfgang Großruck als Buch

Von 1995 bis 2013 war der Grieskirchner Politiker Wolfgang Großruck oberösterreichischer Abgeordneter zum Nationalrat. In den letzten Jahren seiner Tätigkeit im Nationalrat schloss Großruck fast jede seiner Reden mit einem humorvollen Vierzeiler. Nun hat Großruck eine Sammlung seiner berühmten Kurzgedichte in einem Buch zusammengestellt, das den bezeichnenden Titel „Parlamentarische Vierzeiler“ trägt und die



Im Bild (v.l.n.r.): Klubobmann August Wöginger, NR a. D. Wolfgang Großruck, der ehemalige Bezirksfeuerwehrkommandant der Stadt Grieskirchen, Josef Schwarzmanseder, Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka und ÖVP-Nationalratsabgeordneter Laurenz Pöttinger

Verse in einen zeitgeschichtlichen Zusammenhang stellt. Zwei Exemplare seines Buches übergab Großruck, viele Jahre lang Bürgermeister seiner Heimatgemeinde Grieskirchen, an Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka und ÖVP-Klubobmann August Wöginger. Mit dabei auch der ÖVP-Nationalratsabgeordnete Laurenz Pöttinger, ebenfalls ein Grieskirchner.

Broschüre des ÖVP-Parlamentsklubs „Comeback für Österreich“

Die Corona-Pandemie hat in den vergangenen Monaten auch für viele Menschen in Österreich die finanzielle Situation verschlechtert. Die ÖVP hat zahlreiche Initiativen gesetzt, um hier Hilfe zu bieten. Einen Überblick darüber gibt eine neue 36seitige Broschüre des ÖVP-Parlamentsklubs mit dem Titel „Retten. Helfen. Investieren. Comeback für Österreich“. Konkret werden darin Maßnahmen zur Unterstützung von Familien, Arbeitnehmer/innen, Jugend und Senior/innen sowie beim Wohnen und Sanieren angeführt.



Klubobmann August Wöginger bei der Lektüre der druckfrischen neuen Broschüre „Comeback für Österreich“.

Die Broschüre kann per Email unter elisabeth.maier@oevpklub.at kostenlos angefordert werden.

Unterwegs in Österreich

Foto: ÖAAB Salzburg



Live im Gespräch in Grödig

Mitte Juni fand in Grödig die erste Sitzung des Salzburger ÖAAB-Landesvorstandes seit dem Ausbruch der Coronakrise statt. Daran nahm auch ÖAAB-Generalsekretär Christoph Zarits teil und berichtete über aktuelle bundespolitische Themen. Ebenso wurde Reinhard Sulzberger als Personalvertreter beim Bundesheer als neues Mitglied in dieses Gremium aufgenommen. Reinhard Sulzberger folgt auf Gerhard Hofer, der für sein langjähriges Engagement für den Salzburger ÖAAB geehrt wurde. Im Bild (v.l.n.r.): ÖAAB-Generalsekretär Christoph Zarits, ÖAAB-Landesobmann Karl Zallinger, Gerhard Hofer, Reinhard Sulzberger, Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer und ÖAAB-Landesgeschäftsführer Jure Mustac

Foto: Wolfgang Brandstätter



Hoch hinaus in Oberösterreich

Im wahrsten Sinn des Wortes hoch hinaus ging es beim Besuch von ÖAAB-Bundesobmann August Wöginger am Firmensitz der Firma Bernegger in Molln. Nach der Besichtigung des Bürogebäudes, einem Rundgang auf dem Dach des Granulierwerks in 47 Metern Höhe stand eine Runde ins Abbau-Gebiet, dem Pfaffenboden, auf dem Programm, wo reines Kalkgestein gewonnen und zur Verarbeitung ins Tal gebracht wird. Etwa 800 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind in dem Familienunternehmen beschäftigt und auch während der Coronakrise konnten alle ihre Arbeitsplätze behalten. Im Bild (v.l.n.r.): Die Firmenchefs Kurt und Elfi Bernegger, Juniorchef Kurt Bernegger Oberösterreichs LH-Stv. Christine Haberlander, ÖAAB-Bundesobmann August Wöginger und der Steyrer Labg. Christian Dörfel

Foto: NÖAAB



Zu Gast in St. Pölten

Ende Juni besuchte ÖAAB-Bundesobmann August Wöginger die Landesvorstandssitzung des NÖAAB in St. Pölten, um den Funktionärinnen und Funktionären aus Niederösterreich Rede und Antwort zu den aktuellen Hilfspaketen der Regierung für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Familien zu stehen. Die Anwesenden nutzten die Gelegenheit zum Austausch und diskutierten die Auswirkungen der Coronakrise auf den Arbeitsmarkt. Besonderes Lob fanden sie für das Engagement des ÖAAB in dieser schweren Krisenzeit und gaben dem Bundesobmann auch einige wichtige Anregungen und Ideen für die weitere Arbeit im Bund mit. Im Bild (v.l.n.r.): NÖAAB-Landesgeschäftsführerin Sandra Kern, NÖAAB-Landesobmann Wolfgang Sobotka, gf. NÖAAB-Landesobfrau Christiane Teschl-Hofmeister, NÖ AK-Vizepräsident KR Josef Hager und ÖAAB-Bundesobmann August Wöginger.

Foto: JAAB



Online im Gespräch

In Zeiten des Abstandhaltens hat es sich der JAAB Steiermark zur Aufgabe gemacht, eine Reihe von politischen Verantwortungsträgern aus verschiedenen politischen Ebenen einzuladen, um mit jungen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern mittels Videokonferenz in Kontakt treten zu können. Den Start Anfang Juni nutzte Bundesministerin Christine Aschbacher und sprach mit JAAB-Landesobmann Patrick Dorner über ihre Arbeit während der Coronakrise. Zentraler Inhalt der Videokonferenz war der Wandel der Arbeitswelt in Krisenzeiten, wie z.B. Kurzarbeit oder Homeoffice. Ebenso wurden ein Ausblick auf zukünftige Themen der Arbeitswelt gegeben und neue Denkansätze diskutiert. Im Bild: BM Christine Aschbacher (li.) im Gespräch mit JAAB-Landesobmann Patrick Dorner (re.).

FREIHEIT | NACHRUF

ÖAAB trauert um Herbert Vytiska

Am 31. Mai 2020 verstarb der Publizist und Kommunikationsexperte Herbert Vytiska im 76. Lebensjahr. Sein ganzes Leben lang war Vytiska mit der ÖVP verbunden. Der Verstorbene war unter ÖAAB-Bundesobmann Alois Mock von 1972 bis 1978 Pressesprecher der VP-Arbeitnehmervertretung. Anschließend folgte Vytiska Mock in den ÖVP-Parlamentsklub (1978/79) und dann in die ÖVP-Bundespartei, wo er von 1979 bis 1988 als Bundespressesprecher und Hauptabteilungsleiter tätig war. Nach Mocks Rückzug stürzte sich Vytiska ins freie Unternehmertum. So wurde er zu einem Pionier des Privatradios und schrieb unzählige Gastkommentare in der „Presse“. Er war auch publizistisch tätig, vor allem für sein „Lebensthema“ Europa.



FREIHEIT | BUCHTIPP

Christlich-soziale Signaturen.

Mit dem neuen Sammelband „Christlich-soziale Signaturen“ legt die Politische Akademie der Neuen Volkspartei ein wissenschaftliches Grundlagenwerk zu einer lebhaften politischen Debatte vor. 21 namhafte Autorinnen und Autoren sind dem Aufruf der Herausgeber – Politische-Akademie-Präsidentin Bettina Rausch und Uni-Wien-Philosoph Simon Varga – gefolgt und haben Essays beigesteuert. Auf 452 Seiten legen unter anderem der Caritas-Bischof Benno Elbs, der deutsche Literaturwissenschaftler und Historiker Till Kinzel, der Ethiker Mattias Beck, die Theologinnen Regina Polak und Ingeborg Gabriel von der Universität Wien ihre Gedanken zu dem Thema dar.



Christlich-soziale Signaturen. Grundlagen einer politischen Debatte. Bettina Rausch, Simon Varga (Hrsg.) edition noir, Wien 2020, 452 Seiten, € 14,90

freiheit-Gewinnspiel

Wie viele Autorinnen und Autoren haben Essays beigesteuert? Beantworten Sie die Gewinnspiel-Frage, und gewinnen Sie eines von drei Exemplaren von „Christlich-soziale Signaturen“

Schicken Sie Ihre Antwort per Mail an office@wienerpressverein.com oder mit einer Postkarte an den Wiener Pressverein Lichtenfelsgasse 7 1010 Wien.

lang:wohnbau

www.lang-bau.at

Gebrüder Lang Bau GmbH
Steiner Landstrasse 86
3504 Krems / Stein
+43 (0)2732 / 71055
office.krems@lang-bau.at

lang:bau

Eine starke FCG



Im Mittelpunkt der Mensch

goedfcg.at



göd.fcg

**Kolleginnen und Kollegen stärken.
Verantwortung leben.**